

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

21.12.1913 (No. 349)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 349

Sonntag, den 21. Dezember 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 13. Dezember 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor des Landesgefängnisses Freiburg, Geheimerat Wilhelm Kopp, das Kommandenkrenz zweiter Klasse mit Eichenlaub höchstehres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Dezember 1913 gnädigst geruht, den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Geheimen Rat Dr. Karl Glöckner zum Präsidenten und den Ministerialdirektor im Innern Geheimen Rat Alexander Pfisterer zum Mitglied des Kompetenzgerichtshofs zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Dezember 1913 gnädigst geruht, dem außerordentlichen Professor Dr. Adolf Schmidt an der Universität Heidelberg den Charakter als ordentlicher Honorarprofessor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 15. Dezember 1913 gnädigst geruht, den Direktor des Landesgefängnisses Freiburg, Geheimerat Wilhelm Kopp, auf sein untätigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen sowie

den Direktor des Landesgefängnisses Mannheim, Eduard Koelblin, in gleicher Eigenschaft an das Landesgefängnis Freiburg zu versetzen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 8. Oktober 1913 wurde Eisenbahnsekretär Wilhelm Schönthal in Neckarsteinach nach Heidelberg versetzt.

Die Prüfung für den Revisionsdienst im Geschäftsgebiete der inneren Verwaltung betr.

Auf Grund der diesjährigen Prüfung wurden nachbezeichnete Aktiare als für den Revisionsdienst im Geschäftsgebiete der inneren Verwaltung befähigt erklärt:

1. Konrad Breithaupt von Kürnbach,
2. Theodor Gremmelshäuser von München,
3. Otto Luhr von Müllheim,
4. August Merkert von Angeltürn,
5. Peter Maulk von Vorderhenbach,
6. Richard Riffel von Gaggenau,
7. Ludwig Schmitt von Buchen,
8. Heinrich Theobald von Tauberbischofsheim,
9. Karl Wittemann von Buchen.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

J. A. Arnsperger. M. J. M. J.

Das Badische Staatsschuldbuch betreffend.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4%ige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,50 M. für 100 M. Buchschulden. Karlsruhe, den 20. Dezember 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 20. Dezember.

* Innerpolitische Wochenrückblicke.

Die Zaberner Vorgänge.

Die Zaberner Vorgänge zittern noch nach. Man war zeitweise geneigt, auch an ausländischen Stellen, die tatsächlichen Geschehnisse als Beweis einer „Säbelherrschaft“ und deutscher „Kulturlosigkeit“ auszugeben. Inzwischen ist Zeit gewesen, von der eingeleiteten — noch nicht abgeschlossenen — gerichtlichen Sühneaktion Kenntnis zu nehmen, die Erörterung hat Vorkommnisse anderer Länder, so in Österreich-Ungarn und in England, in den Gesichtskreis gerückt und man hat den begrifflichen Wunsch, die Vorgänge, wenn nicht sub specie aeternitatis, so doch unter allgemeineren Gesichtspunkten zu betrachten. Da werden dem Unparteiischen die Geschehnisse

und die sich daran knüpfenden Folgen eher als ein Beweis dafür erscheinen, wie sehr wir Deutsche heute an den tadellosen Ablauf der Staatsmaschine und des ganzen öffentlichen Lebens gewöhnt sind. Eben deshalb bringt die eine Unregelmäßigkeit das deutsche Volk von der Mosel bis zur Memel in Bewegung. In dem modernen Militärstaate, wo das Heer das Volk in Waffen ist, wirkt eine Unregelmäßigkeit in der Staatsverwaltung, und man begreift, daß bei dem Militärstaate, der unser westlicher Nachbar ist, eine militärische Angelegenheit Jahre lang die Angelegenheit des Landes sein konnte. Dieses Beispiel mahnt auch, niemals die Gerechtigkeit oder auch nur den Schein der Gerechtigkeit gegen das Heer zeugen zu lassen, vollends bei dem tief eingewurzelten Rechtsinn des Deutschen. Wo dieser Rechtsinn der Beweggrund zur Erregung, zur Sorge und Kritik gewesen ist, soll er voll anerkannt werden. Aber manche der Kritiker aus Rechtsgefühl dürften sich heute schon überzeugt haben, daß ihre Sorge sich nicht befähigt hat. Das wird ihnen ein Anlaß sein, ein andermal den „Fall“ nicht riesengroß in der Einbildungskraft eines großen Bevölkerungsteils wachsen zu lassen, sondern statt an den irrationalen Fall mehr an die gute Regel zu denken und das Vertrauen zu unseren Gesamteinrichtungen zu bewahren.

Reichstag und Kanzler.

Der Reichstag hat sich durch seinen Interpellationsbeschluss vom 4. Dezember zu weit hinreichend gelassen. Der Beschluss entspricht nicht den im Stadium der Ruhe tatsächlich vorhandenen Anschauungen. Erstaunlich ist, was ein Teil des Reichstages in den Reden des Reichskanzlers alles nicht gehört hat. Wir sind nicht die ersten, die diese Feststellung machen. Es ist auch nicht richtig, daß man erst die stenographischen Protokolle zur Hand nehmen müsse, um den Widerstreit zwischen den tatsächlichen Mitteilungen des Kanzlers und der Auffassung eines Teiles des Reichstages zu erkennen. Am 4. Dezember, vor dem Interpellationsbeschlusse, erklärte, der Kanzler: Was gefehlt worden sei, werde Sühne finden, die allerobere Stelle wolle, daß Militär- und Zivilverwaltung unter voller Wahrung von Gesetz und Recht Hand in Hand gehe, und der kommandierende General habe die Weisung erhalten, dafür zu sorgen, daß das Gesetz nirgend überschritten werde. Ob die Zwischenrufe der Sozialdemokratie und ihre Mißfallsäußerungen den in dem Saale sitzenden Abgeordneten erschwert haben, diese Worte richtig aufzufassen, wissen wir nicht, möchten es aber bezweifeln, denn auf der Journalistentribüne scheint man sie sehr gut verstanden zu haben. Jedenfalls hatte die öffentliche Erörterung schon in den Berliner Abendblättern des 4. Dezember eine völlig ausreichende Grundlage.

Die militärischen und staatsrechtlichen Folgerungen.

Wir würden nicht bei der Vergangenheit verweilen, wenn aus ihr nicht Folgerungen für die Zukunft gezogen würden. Weit entfernt, den Schritt zur parlamentarischen Regierungsform planlos zu machen, sind die parlamentarischen Ereignisse geeignet, die neue Einrichtung der Interpellationsbeschlüsse bedenklich erscheinen zu lassen. Wie kann eine Mehrheit des Reichstages erklären, daß die „Behandlung“ der Angelegenheit durch den Reichskanzler ihrer Ansicht nicht entspreche, wenn sie diese „Behandlung“ nicht richtig aufzufassen vermag?

Die Abstimmung der großen Mehrheit des Reichstages, die ohne Bekanntgabe der Motive der Einzelnen erfolgt, wird nun leider gegen das Heer ausgenutzt. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat bereits die Befreiung der Militärgesetze verlangt. Soviel wir bemerkt haben, hat bisher kein bürgerliches Blatt diese Folgerung sich zu eigen gemacht. Aber auch ein Zentrumstreber in Reichstages, Abgeordneter Erzberger, hat auf Konsequenzen hingewiesen, die der Reichstag ziehen werde, und drohend erklärt, nach Neujahr sei auch noch Reichstag. Man denkt an Abstriche beim Militärretat und die Sozialdemokraten planen dem Vernehmen nach, beim Etat die Angriffe auf das Heer in scharfer Weise fortzusetzen. Die Parteien der Mitte werden sich dann entscheiden müssen, ob sie gegen oder für das Heer auftreten wollen, wobei ihnen selbstverständlich unbenommen bleibt, gegen jede einzelne Regelwidrigkeit oder Verfehlung, mag sie nun bis dahin ihre gerichtliche Sühne gefunden haben oder nicht, scharf Stellung zu nehmen.

In die bürgerlichen Parteien tritt die Veruchung heran, sich, wenn die Urteile militärischer oder bürgerlicher Gerichte gegen die an den Zaberner Vorfällen beteiligten Militärpersonen ungünstig ausfallen, sich in die Brust zu werfen und zu sagen: „seht, wie sehr wir mit unserem scharfen Votum im Recht waren“. Für die Beurteilung des Einzelfalles mag das zutreffen; es kann einmal vorkommen, daß kameradschaftlicher Sinn oder menschliche Schwäche im Einzelfalle zu einer zu günstigen Meinung und zur Entschuldigung einer Militärperson führt, die auch gerade vom strengen militärischen Standpunkte diese Entschuldigung nicht verdiente. Dieser Triumph soll den betreffenden Parteien nicht geschmälert werden. Aber neben dem Einzelfalle steht die durch den Disziplinar- und Gerichtsweg erfolgende Selbstreinigung als erfreuliche Regel. Daran soll man denken und man soll unser parlamentarisches Leben möglichst von Zwischenfallensensationen frei zu halten suchen. Die radikalen Parteien täuschen sich, wenn sie glauben, daß die Zwischenfallensensationen immer ihrer Richtung Erfolge verschaffen würden. Es würde Gegenstücke geben und der Pendel würde so gut nach einer Seite wie nach der anderen Seite zu weit ausschlagen.

Die Sozialdemokratie hat aus den parlamentarischen Geschehnissen bereits die politische Folgerung gezogen, Anträge einzubringen, die, wenn sie Gesetz würden, staatsrechtlich die parlamentarische Regierungsform festlegten. Der Fortschritt will ebenfalls die Vermehrung der Rechte des Parlaments und der schon erwähnte Abg. Erzberger hat sich für die „Fortentwicklung“ ausgesprochen. Man will sich also auf den Weg der Sozialdemokratie begeben (wobei es dahingestellt bleiben mag, wie weit man ihn gehen will). Diesem Gedanken hat sich der Reichskanzler im Reichstage energisch widersetzt. Er hat hier ein grundsätzliches „Halt“ gerufen. Die Regierung also ist es, die auf dem Boden der Verfassung steht, sowohl wenn sie die Autorität des Gesetzes gegenüber jeder Verletzung zur Geltung bringt, als auch, wenn sie eine Verschiebung des staatsrechtlichen Gleichgewichts verhindert.

Krankenkassen und Ärzte.

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern hat seine Bereitschaft erklärt, Ausgleichsverhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen herbeizuführen. Voraussetzung ist ein Waffenstillstand zwischen den Parteien vom 1. Januar bis 1. April 1914 auf dem Boden der bisher gültigen Vereinbarungen. Zum Eingreifen des Staatssekretärs ist die Zustimmung beider Parteien nötig. Es ist wohl anzunehmen, daß jeder Teil sich eine Ablehnung der Vermittlung sorgfältig überlegen würde.

Politische Übersicht.

Ein samoanischer Erinnerungstag.

Am 18. Dezember waren fünfundsiebenzig Jahre verflossen seit dem ersten größeren Gesetzt der deutschen Marine mit Samoanern. Bereits am 22. März 1887 hatten diese einen Angriff auf einige von der Kaiser-Geburts-tagsfeier heimkehrende Eingeborene gemacht, und zwar Leute des Häuptlings Malietoa. Antistifter dabei waren, so schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einige amerikanische Abenteurer, und die amerikanischen Beamten erhoben gegen deren Treibereien keinen Widerspruch. Da ließ am 7. August 1887 Fürst Bismarck in Washington durch den deutschen Gesandten Genehmigung für jene Mißhandlungen und die systematische Verweigerung des Rechtsschutzes fordern. Als Malietoa die geforderte Genehmigung nicht leistete, wurde er abgesetzt, nach Neu-Guinea deportiert und sein Gegner Tamasese anerkannt. Als in den folgenden Monaten gegen diesen sich eine Erhebung Mataafas richtete, fand diese bei Engländern und Amerikanern Unterstützung. Offiziell wurde zwar den Vertretern der drei Mächte eingeschärft, sich nach Möglichkeit nicht in die Eingeborenenstreitigkeiten einzumischen. Als aber durch diese der Besitz der Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft geschädigt wurde, ermächtigte am 14. Dezember 1888 Fürst Bismarck den deutschen Konsul, die Hilfe der Kriegsschiffe gegen Schuldige zu requirieren, falls die Räuereien gegen deutsches Eigentum fortbauerten.

Konsul Dr. Knappe ließ Mitte Dezember Truppen auf einer deutschen Pflanzung nahe der Hauptstadt Apia landen; er wurde aber von Mataafaleuten unter Füh-

... rung eines Amerikaners Klein angegriffen, wobei 1 Offizier und 15 Mann auf unserer Seite fielen, 22 Offiziere und 37 Mann verwundet wurden. Die Annerion der Inseln, die Dr. Knappe vorschlug, nahm Fürst Bismarck nicht an, da er sich durch die Abmachungen mit den beiden Mächten gebunden erachtete. Dem Konsul wurde später sogar eine scharfe Mißbilligung ausgesprochen. Die drei deutschen Kriegsschiffe, deren Besatzung an diesen Gefechten beteiligt war, haben kaum drei Monate später einen noch viel schwereren Schlag erlitten, indem „Albatros“ und „Geyer“ kenterten bezw. auf ein Riff aufstießen, während „Olga“ durch freiwilliges Auslaufen auf den sandigen Strand sich rettete.

*** Das Kuratorium der Nationalflugspende**
trat am Donnerstag im Reichstage zu einer Sitzung zusammen. Prinz Heinrich von Preußen, als Protektor, übernahm den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er zunächst darauf hinwies, daß der vor 1½ Jahren an das deutsche Volk ergangene Appell, das deutsche Flugwesen mit geldlichen Mitteln zu unterstützen, Ergebnisse gehabt habe, auf die wir stolz sein dürften. Prinz Heinrich dankte dem Präsidenten, Graf von Posadowsky-Wehner, und den Mitgliedern des Reichsamts des Innern, Virkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Lewald und Geh. Oberregierungsrat Albert, für ihre tatkräftige Unterstützung dieses Wertes von nationaler Bedeutung und erinnerte dann an die Fortschritte im Flugwesen seit dem 29-Sekundenflug der Gebrüder Wright in Amerika im Jahre 1903 bis zu dem 21-Stundenflug Viktor Stefflers in diesem Jahre. Wenn Deutschland die Periode des Taftens im Flugwesen überwunden habe und nunmehr dieses nationale Gut selbstständig entwickeln könne, so habe zu diesem Gelingen die Nationalflugspende in hervorragender Weise beigetragen. — Nach Eintritt in die Tagesordnung erfolgte zunächst die Rechnungslegung. Aus dieser ergibt sich: Nach dem unter dem 15. Dez. 1912 veröffentlichten Abschluß betrug das Sammelergebnis der Nationalflugspende 7 235 506 Mark. Hiervon standen zur freien Verfügung des Kuratoriums der Nationalflugspende, zugleich der bis 15. Dez. 1913 hinzugekommenen Spenden und Zinsen, insgesamt 5 601 435 Mark. Hiervon sind in der Zeit vom 16. Dez. 1912 bis 15. Dez. 1913 verausgabt worden: 1 715 344 Mark, mithin verbleiben 3 885 791 Mark. Dem Schatzmeister, Bankier Franz von Wendelssohn, wurde Entlastung erteilt. Die Übersicht über die Verwendung der noch zur Verfügung stehenden Gelder ergibt: Auf Grund von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses sind bereits in rechtsverbindlicher Form zugesagt 2 846 170 M., und zwar u. a. für die großen Fernflüge 300 000 Mark, für das Reichskolonialamt zur Förderung des Flugwesens in den Kolonien 100 000 M., für Unterhaltungszwecke des Daimlermotors 15 000 M., durchlaufende Beträge 50 000 M., Ehrenpreise für Militärflieger 55 000 M., Förderung nachgeprüfter Neukonstruktionen 40 000 M., Flugzeugmotorwettbewerb 225 000 M., Wasserflugstülpunkte 100 000 M., Wasserflugzeugwettbewerb der Reichsmarine 1914 125 000 M., Wasserflugplatz an der Ostsee 250 000 M., Fliegerfurie in München 25 000 Mark, Fliegerschule in Johannistal 60 000 M., Prämienkosten für Fliegerausbildung (zweite Ausbildungsperiode) 776 000 M., Kosten der Versicherung der Flieger 669 570 M., Zurückstellungen für allgemeine Unkosten und Verwaltungskosten 47 000 M. Für die Durchführung des Programms auf Grund der Beschlüsse des Verwaltungsausschusses vom 29. Nov. 1913 sind grundsätzlich festgelegt 1 170 000 M. und zwar: Prämienkosten für Fliegerausbildung (dritte Ausbildungsperiode) 380 000 Mark, Stunden- und Rentenflüge (Städteflüge 1914) 435 000 M., Schnelligkeitswettbewerb 5000 Mark, Bau der Versuchsanstalt in Warnemünde 50 000 Mark. Von dieser Gesamtsumme von 4 016 170 Mark stehen laut vorstehendem Abschluß zur Verfügung 3 885 791 Mark. Der mehr veranschlagte Rest von 130 379 Mark wird durch die aufkommenden Zinsen gedeckt werden. Hierauf wurde der Bericht festgestellt, der am 22. Dez. veröffentlicht und der Presse übergeben werden soll. Es folgte die Beratung des nächstjährigen Programms. Zu dem Punkt: Stundenflüge und Ehrenpreise wurde beschlossen, die bisherigen Bestimmungen auch für 1914 grundsätzlich bestehen zu lassen, aber in Einzelheiten Änderungen vorzunehmen. Für 1914 oder später wurde die Ausschreibung eines mit 300 000 M. ausgestatteten Geschwindigkeitswettbewerbs für Flugmaschinen beschlossen. Beim Punkte „Versicherung“ wurde herorgehoben, daß die Versicherungsgesellschaften aus nationalen Gesichtspunkten abermals entgegengekommen seien und sich bereit erklärt hätten, das Taggeld von 5 auf 6 M. zu erhöhen und statt der Rente von 1600 M. einen Kapitalbetrag von 24 000 M. zu gewähren. Es wird der Versuch gemacht, die Versicherung auf den Todesfall auszudehnen und zwar in Höhe von 4000 M. Zum Schluß überreichte Prinz Heinrich die bereits früher bekannt gegebenen Preise den Vertretern der Flugzeugfabriken und den Fliegern, bei denen infolge nachträglicher Nachweise folgendes Resultat sich ergab: 1. Aviatik in Mülhausen (Viktor Steffler), 2079 Km., 100 000 M., Waggonfabrik Gotha (Schlegel), 1497 Km., 60 000 M., 3. Waggonfabrik Gotha (Colpar), 1381 Km., 50 000 M., 4. Albatros-Johannistal (Toblen), 1373 Km., 40 000 M., 5. Militärverwaltung (Oberleutnant Rastner), 1228 Km., 25 000 M., 6. Militärverwaltung (Oberleutnant Geyer), 1173 Km., 15 000 M., 7. Jeannin-Johannistal (Stiefvater), 1170 Km., 10 000 M.

*** Der König von Württemberg begibt sich am 12. Januar li. „Schwäbischen Merkur“ zu einem mehrwöchigen Erholungsaufenthalt nach Kap Martin.**

*** Im Befinden der Fürstin-Mutter von Hohenzollern** ist eine Wendung zum Besseren eingetreten, wie folgendes Bulletin zeigt: „Der Zustand der Frau Fürstin ist befriedigend. Die Nächte waren in den letzten Tagen ziemlich ruhig. Die Nahrungsaufnahme ist besser. Der Kräftezustand hat sich etwas gehoben.“

*** Die erste hessische Kammer hat den Gesetzentwurf über die Vergabe eines Darlehens von 1 Million Mark an die Landwirtschaftlichen Genossenschaften des Großherzogtums entsprechend dem Beschluß der zweiten Kammer angenommen.**

*** Zum Urteil gegen Leutnant von Forstner.** Am Schluß seines Plädoyers im Prozeß gegen den Leutnant von Forstner betonte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Becker ausdrücklich, daß die beiden Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches, auf denen die Anklage ruht, eine Umwandlung in Festungshaft nicht zulassen, es müsse auf Gefängnisstrafe erkannt werden. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Nachdem die ersten Beleidigungen gefallen waren, ließ von Forstner ausschwärmen. Dabei wurde der Ruf laut: Warte, Junge, heute wirst Du gemerkt! Der Leutnant befahl, den Mann zu verfolgen, von dem er annahm, daß er den Ruf ausgestoßen habe. Der Mann mochte blank gewesen sein. Blank, der von mehreren Leuten festgenommen wurde, setzte sich gegen die Verhaftung energisch zur Wehr, er bestreitet aber heute unter Eid, daß er dem Leutnant zu Leibe rücken wollte. Es mußte also, da eine strafbare Handlung seitens von Forstner vorlag, zu der kein Grund gegeben war, die Bestrafung nach § 223a des N.-St.-G.-B. und 149 des M.-St.-G.-B. eintreten. Der Angeklagte, so wird weiter ausgeführt, habe gewußt, daß ihm Leute zur Verfügung standen. Als strafmildernd dagegen konnte in Betracht gezogen werden, daß von Forstner noch sehr jung ist und durch die ganzen Vorgänge in Bayern sehr erregt gewesen ist. Berücksichtigen mußte man ferner bei der Festsetzung der Strafe das heyerische Treiben einer gewissen Presse.

Zeitungsstimmen.

*** „Die Seeschlacht bei Vorkum und Helgoland.“** Die „Leipz. Neuesten Nachr.“ schreiben:

Wir haben vor einiger Zeit eine Broschüre, die unter dem obigen Titel im Verlage von Wilhelm Köhler in Minden erschienen ist, an dieser Stelle erwähnt und haben nachgewiesen, daß sie sich in wesentlichen Wörtlich mit einer Broschüre deckt, die vor einigen Jahren in demselben Verlage erschienen ist, und zwar unter Hinzufügung eines höchst fragwürdigen Bildermaterials und einer Tendenz, die so ist, als sei es nötig, in Deutschland eine chauvinistische Strömung zu bekämpfen, die uns in einen Krieg mit England hineinzutreiben suche. Außerdem werden in den Kampfschilderungen jener Broschüre unsere deutschen Marineoffiziere als rühmliche Schmachtlappen dargestellt, so daß schon das den schärfsten Widerspruch erfordere. Auf unseren Artikel erhielten wir zunächst eine Zuschrift des bekannten Marineoffiziers Grafen Bernstorff, die folgenden Worten lautet: „Infolge mehrfacher Anfragen erkläre ich hiermit, daß ich nicht Verfasser der Broschüre „Der Zusammenbruch“ bin und mit diesem Madwert nicht das mindeste zu schaffen habe! Berlin-Wilmersdorf, Dez. 1913. Graf Bernstorff, Kom.-Kapit. a. D.“ Durch unsern Artikel aufmerksam gemacht, haben sich denn verschiedene andere Zeitungen mit jener Broschüre beschäftigt und sind ihrer friedensförmigen Tendenz ebenfalls scharf zu Leibe gegangen. In der Öffentlichkeit hat die nach Ansehen des Verlags „bereits in 136 000 Exemplaren vergriffene“ Broschüre ebenfalls einmütige Ablehnung erfahren. Der Vorstand der Ortsgruppe Minden des Deutschen Flottenvereins hat sich sogar in einer öffentlichen Erklärung gegen sie und ihre Tendenz gewandt. In dieser Erklärung heißt es:

„Der Vorstand ist der übereinstimmenden Ansicht, daß das Buch nach Text und Illustration nicht nur minderwertig, sondern auch irreführend, ja gefährlich ist. Es erscheint geradezu unverständlich, wie ein angeblich deutscher Marineoffizier so ungerade und herabsetzend unsere tüchtigen Streitkräfte und hochstehenden Seemannschaften schildern kann, die durch die Tat bewiesen haben, daß sie jeden Vergleich aushalten. Besonders abstoßend wirkt der Versuch, einen Gegensatz zwischen Kaiser und Volk fälschlich aufzuweisen, zwischen dem friedliebenden Kaiser und der Aufbegehren des Volkes, die angeblich durch Interessengruppen und kriegerische Parteien aufgestachelt sei. Die Unterstellung der Kriegsbegeisterung ist unerhört. Das Buch ist geeignet, nicht nur gefundenes Vaterländisches Empfinden schwer zu verletzen und die für die Selbstbehauptung unseres deutschen Volkes notwendigen und opferfreudigen Bestrebungen lahmzulegen, sondern auch das Ansehen unseres Volkes, besonders seiner Seemacht, vor dem Auslande herabzusetzen. Daher erheben wir gegen dieses in unserer Stadt verlegte Buch entschieden Einspruch.“

Und nun stellt es sich heraus, daß der Verfasser dieser höchst eigenartigen Broschüre doch ein ehemaliger Marineoffizier ist. Etwas in die Enge getrieben durch die einmütige Ablehnung seines Wertes, hat sich nämlich Herr Kapitän z. See a. D. Persius — der marinepolitische Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ — als Verfasser bekannt. Wenn man die Tendenz seiner Artikel im „Berliner Tageblatt“ mit der des „Zusammenbruches“ vergleicht, so ergibt sich allerdings eine interessante Übereinstimmung. Und nun begreift man auch, weshalb die ältere Broschüre „Unterseeboote an die Front!“ nur mit den Kapiteln wörtlich in die „Seeschlacht bei Vorkum“ aufgenommen ist, in denen sich keine nationale Tendenz findet. Neue etliche Broschüre warnte nämlich vor „pacifistischen Umtrieben“, die zweite aber vor „chauvinistischen Tendenzen“. Das ist die Letzte vom Unterschied.“

*** Zum Fall Zabern.** Die „Lahrer Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben aus Zabern, in dem es heißt: „In der letzten Zeit habt Ihr sicher viel von Zabern in der Zeitung gelesen und habt Euch vielleicht auch über die

„Übergriffe“ des Militärs entrüstet. Jedoch war die Sache nicht halb so schlimm, wie sie dargestellt wurde. Ich habe ja alles aus der Nähe gesehen und mich nur über die Geduld und die Langmut gewundert, mit der die Soldaten sich die Anpöbeln gefallen ließen. Fünf Tage hintereinander war der Schlagplatz und die anstößige Kohberggasse abends von einem großen Haufen halbwüchsiger Burschen belagert, die viele vorbeigehende Militärpersonen beschimpften und mit Steinen bewarfen. Der Oberst, ein Herr im weißen Haar, kam aus seiner Wohnung allein herunter, suchte durch eine Ansprache die Menge zu beruhigen und versicherte, es werde alles streng unterdrückt werden. Er mußte sich jedoch wieder zurückziehen. Die Stadtpolizei griff an den ersten Abenden überhaupt nicht ein und an den anderen so leise, daß sie samt den Gendarmen gar nichts ausrichtete. Die Feuerwehre beteiligte sich mit der Spritze, ohne jedoch jemand naß zu machen, und da die Schläuche sehr bald geschnitten wurden, so beschränkte sie ihre Tätigkeit nur noch auf das Zusehen und Mitlachen. Diese Vorgänge spielten sich schon vor ungefähr drei Wochen ab. Es war darauf wieder alles ruhig, bis auf einmal bekannt wurde, daß der betreffende Leutnant die französische Fahne beleidigt haben sollte. Da fingen die jungen Kerle, denen der Nadau beim erkennen Spaß gemacht hatte, wieder mit den Beschimpfungen an. Diesmal aber ließ es sich das Militär nicht gefallen, und zwar handelte es sich, wie sich der Oberst ausdrückte, „auf höheren Befehl“. Die Vorgänge, die sich jetzt abspielten, waren ja in den Zeitungen zu lesen, während die erschrecklichen Folgen abzuweichen wurden, damit die Zivilbevölkerung ja im reinsten Rechte strahlen sollte. Die Zeitungen berichten nicht, daß die hiesigen Soldaten schon seit Wochen jeden Tag von 4 Uhr an in der Kaserne sein mußten und sie nicht mehr verlassen durften, weil der Oberst jede Beleidigung und jeden Zusammenstoß dadurch verhindern wollte. Jeder wird also begreiflich finden, daß die Soldaten auf das Ziel geblieben waren und ihrem Innem in handgreiflicher Weise Luft machten. Schön war es ja nicht, aber doch menschlich zu verstehen. Jetzt gab es natürlich großes Gezeir in der Presse. Die Zivilverwaltung beschuldigte das Militär, daß es sich Übergriffe erlaubt habe, und das Militär wieder behauptete, daß es die Zivilverwaltung nicht vor Beleidigungen geschützt habe und es darum mit Recht zur Selbsthilfe habe greifen müssen. Jetzt, also nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, ergriffen auch endlich von der Zivilverwaltung 30 Gendarmen, denen aber natürlich nichts mehr zu tun übrig blieb.

* Ausland.

Paris, 19. Dez. Der deutsche Botschafter Freiherr v. Schön ist heute morgen aus Darmstadt, wo er einer von seinen Regimentskameraden ihm zu Ehren veranstalteten Festlichkeit beiwohnte, hierher zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaftsgeschäfte wieder übernommen.

Paris, 19. Dez. Der Senat nahm einen Antrag des Senators Labbé an, nach dem eine obligatorische Schußimpfung gegen Typhus in der Armee eingeführt werden soll. Ferner nahm der Senat die bereits von der Kammer angenommene Vorlage an durch die im Mutterlande ein neues Armeekorps geschaffen wird.

Paris, 19. Dez. Die Kammer beriet über die Erhöhung der Offiziersgehälter und der Unteroffizierslöhne. Benaget als Berichterstatter legte dar, daß es sich darum handle, einen besseren Ersatz für den Kern des Heeres zu schaffen, da die wachsende Komplexität der technischen Waffen immer gebietlicher Kaders von ungewöhnlich hohen Werten verlange. Briquet (Geeinigter Sozialist) erklärte sich für den Gesetzentwurf, während Faures ihn bekämpfte.

Paris, 19. Dez. Aus Brüssel wird gemeldet: Der Herzog von Orléans stürzte beim Schlittschuhlaufen und zog sich einen Armbruch zu.

Paris, 19. Dez. Der „France militaire“ zufolge sind für 1914 unter anderem auch große Festungsmanöver in der Gegend von Epinal vorgesehen.

London, 19. Dez. Eine Sufrage hat, wie verlautet, in der letzten Nacht versucht das Holloway-Gefängnis im Norden Londons in die Luft zu sprengen. Zwei Bomben sind dicht bei einer Mauer an demjenigen Teile des Gefängnisses, wo die gefangenen Sufragetten gewöhnlich untergebracht werden, explodiert. Die Explosion war heftig, richtete aber keinen erheblichen Schaden an.

Konstantinopel, 19. Dez. Der Oberst, jegige General Promont von Schellendorf in Konstantinopel übernimmt das Kommando der 3. Division des 1. türkischen Armeekorps. Der frühere Finanzminister Djavid Beh soll wieder Finanzminister werden.

Konstantinopel, 19. Dez. (Wiener Corr.-Bureau.) Die Meldungen von einer Demission des Finanzministers Nisfat Beh, der sich nach Berlin begibt, werden amtlich nicht bestätigt.

Athen, 18. Dez. Die Presse bespricht den englischen Vorschlag über Albanien und die Agäischen Inseln ungünstig und sieht es als keine Kompensation für Griechenland an, die Zerteilung der Inseln mit der Abgrenzung von Epirus zu verbinden. Die Mänter sind der Meinung, daß der englische Vorschlag in Epirus und den 12 Inseln zwei neue Fragen schaffe, die mit der Kretefrage zu vergleichen seien.

Washington, 18. Dez. Der zwischen dem Staatssekretär Bryan und dem niederländischen Gesandten vereinbarte Friedensvertrag, der die Grundzüge eines Schiedsgerichtsplanes enthält, ist gestern unterzeichnet worden.

Washington, 19. Dez. Nach Abweisung zahlreicher Abänderungsvorschläge hat der Senat heute die Vorlage zur Währungsreform des Senators Owen angenommen. Diese stellt die Reformvorlage der Regierung dar. Sie geht jetzt an das Konferenzkomitee beider Häuser.

New York, 18. Dez. (Neut.) Der oberste Gerichtshof hat sich in dem Prozeß der Gutmachergirma Danburg in Kentucky für die Klage ausgesprochen, welche die Firma gegen den Gewerkschaftsverband der Gutmacher auf Schadenersatz eingeleitet hat, weil der Verband über sie den Boykott verhängt hatte. Der Prozeß, der durch verschiedenen Instanzen gegangen ist, hat sich durch 25 Jahre hingezogen. Die Entscheidung hat die Bedeutung, daß nach dem Bundesgesetz auch die Gewerkschaften als Verbindungen zur Beschränkung des freien Geschäftsverkehrs haftbar gemacht werden können.

Rio de Janeiro, 20. Dez. Die Kammer hat beschlossen, daß die Überreste des Kaisers und der Kaiserin mit dem ersten brasilianischen Kriegsschiffe, das Viscon de Albuquerque, nach Brasilien überführt werden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 20. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo. Von 12 Uhr ab meldeten sich: Oberst de Lorne de St. Ange, Kommandeur des Infanterieregiments Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badisches) Nr. 111, vorher Oberstleutnant und Kommandeur des Rheinischen Jägerbataillons Nr. 8, Oberstleutnant von Colomb, Kommandeur des 3. Badischen Feldartillerieregiments Nr. 50, Geheimer Kriegsrat Schmidt, Militärintendant des 14. Armeekorps, Generaloberarzt Dr. Dertel, Chefarzt des Garnisonlazarets Karlsruhe, bisher Oberstabs- und Regimentsarzt des Infanterieregiments König Wilhelm I. (1. Rheinisches) Nr. 7, Hauptmann Scherer beim Stabe des 2. Ober-Elsässischen Feldartillerieregiments Nr. 51, Hauptmann Courtin, Kompaniechef im Infanterieregiment Freiherr von Sparr (3. Westfälisches) Nr. 16, Oberleutnant von Loewenich im Jägerregiment zu Pferd Nr. 5, vorher im Feldartillerieregiment Großherzog (1. Badisches) Nr. 14, Oberveterinär Dr. Ratusch vom Feldartillerieregiment Großherzog (1. Badisches) Nr. 14, vorher im Ostfriesischen Feldartillerieregiment Nr. 62, und Veterinär Garn von gleichen Regiment, vorher kommandiert bei der Militär-Veterinär-Akademie.

Heute abend um 7 Uhr wird Seine königliche Hoheit der Großherzog der Weihnachtsfeier im Offizierskasino des Feldartillerieregiments Großherzog (1. Badisches) Nr. 14 antwohnen.

Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer.

B.C. Karlsruhe, 19. Dez. Prinz zu Löwenstein eröffnete um 9 Uhr wiederum die Vollversammlung und begrüßte die neu zugewählten Mitglieder Franz-Wagbäuser und Franz-Hüfingen. Dann wurde mit der Beratung des Antrages Vielhauer-Wosbad und Säger auf Errichtung weiterer Versuchswirtschaften begonnen. Landwirtschaftsinspektor Vielhauer-Wosbad begründete den Antrag, der nach einer kurzen Diskussion in der folgenden Form angenommen wurde, die ihm der 5. Ausschuss der Kammer gegeben hatte: Nach den günstigen Erfolgen, die die Versuchswirtschaft Kinec seit ihrem kurzen Bestehen aufzuweisen hat, sollen zur Lösung pflanzenbaulicher Fragen und zur Durchführung von Demonstrationen Versuche zur Belehrung in verschiedenen Gegenden des Landes in den nächsten Jahren weitere Einrichtungen ähnlicher Art ins Leben gerufen werden. Die vorbereitenden Arbeiten sollen sofort begonnen werden; Herr Dr. Lang-Hochburg wird beauftragt, geeignetes Gelände für solche Versuche ausfindig zu machen.

Ein Antrag Dorer wegen Verlängerung der Wiedereröffnungsjahre bei Kahlbächen wurde der großherzoglichen Forst- und Domänenverwaltung überwiesen. Zur Abänderung des Jagdgesetzes lag eine Zuschrift des Ministeriums des Innern vor, in der mitgeteilt wurde, daß das Ministerium in Aussicht genommen habe, eine Änderung des Jagdgesetzes dahin zu beantragen, daß die Schonzeit für Rebhühner auf die Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai festgesetzt und die Schonzeit für Hasen bis zum 1. Oktober verlängert wird. Dr. Freiherr v. Stöcking-Steinling referierte über die Angelegenheit und beantragte, der Regierung mitzuteilen, daß die Landwirtschaftskammer mit der in Aussicht genommenen Verlängerung der Schonzeiten für Rebhühner und Hasen einverstanden sei. In der Diskussion forderte Grimm-Müllheim, daß die Jagden nur an solche Personen verpachtet werden, die eine Garantie für genügenden Abschlag bieten. Weisshaupt-Walsh sprach sich ebenfalls für genügenden Abschlag aus. Dorer-Furtwangen beauftragte die vom Ministerium projektierten Schonzeiten. Forstrat Mangler-Wuchen trat für die Verlängerung der Schonzeit für Hasen ein, die Schonzeit für Rehe will er nur bis zum 1. Mai durchgeführt wissen. Witz-Gründlingen meinte, der Wildschaden sei manchmal für den Bauer erträglicher als der Herbst. Morgenstaler-Fautenbach beschwerte sich über die allzu große Zunahme des Wildes in der Offenburger Gegend. Knopf III-Neuweier brachte ähnliche Beschwerden vor. Kaiser-Wühl bemängelte die kurzen Fristen zur Anmeldung der Wildschäden. Ministerialrat v. Wiegelen führte aus: Gegen das Überhegen des Wildes gibt es ein Mittel: den Antrag an das Bezirksamt auf Abschlag. Wenn der Jagdpächter eine allzustarke Fegung vornimmt dann hat die Gemeinde ihm die Jagd nicht mehr zu verpachten. Sie hat es also in der Hand, für einen genügenden Abschlag zu sorgen. Wenn man den Verhandlungen folgte hätte man den Eindruck, als ob sie auf einer falschen Basis geführt würden, denn man scheint zu glauben, die Regierung habe die Vorlage gemacht, um den Wildstand zu vermehren. Das ist nicht der Fall, es soll lediglich der Wildstand verbessert werden. Weisshaupt-Pfundenhof wandte sich wiederum gegen die Überhegen des Wildes. Lebert-Schwabhausen verlangte die Schonung der Fische im Interesse der Verminderung der Raufplage. Ministerialrat von Wiegelen belämpfte diese Forderung. Gausler-Kroßhagen sprach im Sinne des Kommissionsantrages. Nach den Schlussworten des Freiherrn v. Stöcking wurde der Kommissionsantrag mit 27 gegen 14 Stimmen angenommen.

Stoll-Medesheim begründete hierauf ausführlich folgenden Antrag: Die Landwirtschaftskammer wolle zur Gründung einer Sammlung altertümlicher Gespanns-, Hand- und Hausgewerblicher Gerätschaften in den Voranschlag 1917 den Betrag von 500 Mark einstellen und mit der Großh. Regierung wegen Überlassung eines geeigneten Raumes, vielleicht in Verbindung mit dem neuen Landesgewerbemuseum ins Benehmen treten. Für diesen Antrag sprachen sich Niehm-Karlsruhe und Schäfer-Budenberg aus. Freiherr v. Stöcking verlangte statt eines zentralen Museums verschiedene Museen in den Bezirken- und Amtsstädten des Landes. Der Minister des Innern Dr. Freiherr v. Bodman bezugte der Landwirtschaftskammer seine Sympathie für das Projekt. Weiter führte er aus: Der Vorschlag des Freiherrn v. Stöcking auf Dezentralisation sei beachtenswert, aber man könne das eine tun und das andere nicht lassen, man könne in Karlsruhe und daneben auch in andern Städten des Landes Bauernmuseen einrichten. Nach den Schlussworten des Referenten wurde der Antrag Stoll angenommen.

Über die Ermäßigung der Hundetage von 16 Mark auf 8 Mark bei Landwirten in Gemeindeverbänden von 4000 Einwohnern berichtete Domänenrat Derubinger auf Grund eines Antrages des Kammermitgliedes Primus Dorer. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Dorer einstimmig angenommen.

Über die Erhöhung der Versicherungsbeiträge zur Hagelversicherung sprach Freiherr Dr. v. Stöcking. Er befürwortete die Annahme folgenden Antrages des Vorstandes: Die Landwirtschaftskammer wolle erklären, daß die mit Rücksicht auf die jetzt schon sehr hohen Beiträge zur Hagelversicherung und den zu befürchtenden Rückgang der Versicherungen eine Erhöhung der Beiträge zwar bedauert, sich jedoch dem Zwange der hierfür vorgetragenen zwingenden Gründe nicht verschließen kann. Die Erhöhung der Beiträge der Versicherten zum Hagelversicherungsfonds soll um 10 Proz. auf 50 Proz. der Nettoprämie erfolgen. Der Antrag des Vorstandes wurde nach eingehender Debatte mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Sitzung wurde hierauf gegen 1 Uhr auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

oc. Vizepräsident Odonomierat Säger eröffnete die 4. Sitzung. Odonomierat Dr. Müller-Karlsruhe berichtete über den Anschlag der Zweigvereine des Landesobstbauvereins an die Landwirtschaftskammer. In dem Vertragsentwurf wird u. a. ausgeführt: Die Zweigvereine und selbständigen Ortsvereine des Landesobstbauvereins schließen sich als Bezirgsorgane (Bezirksobstbauvereine) an die Badische Landwirtschaftskammer an. Letztere übernimmt die bisherigen Funktionen des Landesobstbauvereins. Die Zweigobstbauvereine und selbständigen Ortsvereine erhalten in der Landwirtschaftskammer entsprechende Vertretungen. Die Zweig- und Ortsvereine bleiben in ihrer Tätigkeit wie bisher selbständig und in ihrer inneren Organisation im wesentlichen unverändert. Sie bilden zugleich die Organe, durch welche die Landwirtschaftskammer die Obstbauförderung im Lande ausüben will. Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1914 in Kraft. Der Redner empfahl sodann den Vertragsentwurf zur Annahme. In der sehr lebhaften Diskussion widmete Geppert-Wühl dem bisherigen verdienstvollen Vorsitzenden des Obstbauvereins Bach-Emmendingen Worte warmer Anerkennung. Dazu alle Redner, mit Ausnahme des Freiherrn von Gleichenstein, der gegen die Angliederung spricht, heißen den Vertrag gut.

Die Kammer erledigte sodann Anträge über die Festsetzung der Arbeitslage von landwirtschaftlichen Betrieben für die Berechnung der Berufsgenossenschaftsbeiträge und über eine Satzungsänderung. Sodann nahm die Kammer den Vorschlag gemäß die Wahlen zu den Ausschüssen zum deutschen Landwirtschaftsrat, zum Badischen Eisenbahnrat, zum Bezirks-Eisenbahnrat Frankfurt a. M., zur Probantenliste und zum deutschen Weinbauverband vor. Sodann vertagte sich die Kammer auf Samstag vormittag 9 Uhr.

* Badischer Landesverband des deutschen Frauenvereins vom roten Kreuz für die Kolonien. Am 16 ds. Mts. tagte hier im Künstlerhaus zu Karlsruhe in Gegenwart seiner Protektorin, der Großherzogin, der Vorstand des badischen Landesverbandes des deutschen Frauenvereins vom roten Kreuz für die Kolonien. Diese Versammlung, die aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht war, empfing ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Gouverneurs von Kamerun, Herrn Ebermaier, der eigens von Berlin gekommen war, um an den Beratungen teilzunehmen. Handelte es sich doch nach langen Verhandlungen und Unterjudungen um die endliche Feststellung des Plazes für das vom Badischen Landesverband in Kamerun zu erbauende Genesungsheim, das nach der hohen Protektorin des Landesverbandes den Namen Sildahaus führen soll. Nach ausführlichen Darlegungen des Gouverneurs und nach längerer Debatte entschied sich der Vorstand einstimmig für die Wahl des in der Nähe von Buca am Kamerunberge gelegenen Botelshügels, der durch seine wunderbare Aussicht und freie Lage ganz hervorragend für die Anlage eines Sanatoriums geeignet erscheint. Das Gouvernement wird nicht nur hinreichendes Gelände kostenfrei zur Verfügung stellen und gute Wegverbindung mit Buca und Soppo herrichten lassen, sondern auch den Regierungsarzt von Buca für die ärztliche Beaufsichtigung zur Verfügung stellen, während die Leitung des Betriebes und die Unterhaltung der Baulichkeiten in den Händen einer Kommission bleibt, die sich aus den vorstehenden Damen aller Abteilungen und dem geschäftsführenden Ausschuss in Karlsruhe zusammensetzt.

Nach Fertigstellung der Pläne soll baldmöglichst mit der Errichtung der Baulichkeiten begonnen werden, für die eine freilich noch nicht ausreichende Summe von 50 000 M. zur Verfügung steht. Es soll noch fleißige Sammelarbeit, wenn das Sildahaus würdig des Namens, den es führt, in solider Ausführung und guter Einrichtung erstellt werden und unsere schöne Kolonie endlich in den Besitz des lang ersehnten und dringend erforderlichen Genesungsheims kommen soll. Möchten die badischen Frauen durch zahlreichen Beitritt zu den Abteilungen des Landesverbandes das edle Unternehmen fördern. Für Karlsruhe nimmt Herr Bankdirektor Konjul N. Nicolai Anmeldungen (jährlicher Mindestbeitrag: 3 M.) entgegen.

* Der Badische Landesauschuss des Deutschen Flottenvereins hielt am Montag den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in dem Sitzungssaale der Handelskammer Karlsruhe seine Hauptversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlas der Vorsitzende im Auftrage des Ehrenvorsitzenden, welcher infolge von Unwohlsein leider abwesend war, folgenden, dem verstorbenen Chefredakteur Kay gewidmeten Nachruf: „Als sich das letzte Jahr zum Ende neigte, ist ein hochverdientes Mitglied des Badischen Landesverbandes des Deutschen Flottenvereins, Herr Chefredakteur Kay, von uns geschieden. Schon bei Gründung des Vereins trat er in denselben als Vorstandsmittglied und literarischer Korrespondent ein und blieb diesem Ehrenamte treu bis zu seiner letzten Erkrankung. Sein scharfer Verstand, seine hohe journalistische Befähigung, vor allem aber sein warmer Patriotismus, ermöglichte es ihm, dem Vereine wertvolle Dienste zu leisten, ganz besonders in der Zeit, da innere

Konflikte die Existenz des Flottenvereins selbst in Frage stellten. Aber auch sein leutliches Wesen sowie stete Hilfsbereitschaft machten es seinen Kollegen im Vorstande und ebenso im Landesauschusse zur Freude, mit ihm zu wirken und wird daher sein Andenken in dem Vereine stets ein gutes und bleibendes sein.“ Ebenso gedachte der Vorsitzende der beiden inzwischen verstorbenen verdienstvollen Mitglieder des Landesauschusses, Herrn Bankdirektor Krausel in Heidelberg und Notar Widmer in Eppingen in ehrenden Worten. Gemäß der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, der wiederum von einer erfreulichen Zunahme an Mitgliedern der Vereine zu melden weiß. Und zwar habe der Badische Landesverband im Jahre 1912 im ganzen um 308 Einzelmitglieder, 19 Körperschaftliche Mitglieder und 5 Ortsgruppen zugenommen, ein Beweis dafür, daß die Aufgaben, die der Flottenverein zu lösen habe, auch heute noch im Volke als sehr wesentlich anerkannt werden. Wenn die Durchführung des Flottengesetzes auch lebhaftere Fortschritte mache, so seien wir doch noch immer mit der Zahl der großen Kreuzer im Rückstand. Die Notwendigkeit einer starken Flotte dem ganzen Volke eindringlich klar zu machen, sei deshalb auch jetzt noch die hauptsächlichste Pflicht des Flottenvereins. Der Vorsitzende berichtete weiter über die harmonisch verlaufene, an Anregungen reiche Jahresversammlung des Gesamtvereins in Bremen. Er gedachte ferner in ehrender Weise der bei den beiden Marine-Luftschiffunfällen Verunglückten, welche den Geldtod fürs Vaterland gestorben seien. Sodann berichtete der Vorsitzende über den Bau eines Alters- und Invalidenheims des Flottenvereins. Binnen zwei Jahren sei von Mitgliedern und Freunden des Vereins ein Betrag von 113 000 Mark aufgebracht worden, mit dessen Hilfe ein schön gelegenes Grundstück in der Nähe von Ebernforde erworben worden sei. Die ersten Arbeiten seien bereits in Angriff genommen. Der Kaiser habe von dem ihm zum Regierungsjubiläum dargebrachten Stiftungen 100 000 Mark zur Errichtung und Unterhaltung eines der geplanten Einzelhäuser gespendet. Noch aber fehle viel, um die schöne Idee voll zu verwirklichen und den altgedienten Seelenten der Kriegs- und Handelsmarine ein Altersheim zu schaffen, wobei der Wunsch Ausdruck fand, daß sämtliche Mitglieder des Badischen Landesverbandes zum Gelingen dieses Unternehmens auch beitragen möchten. An den lebhaften anregenden Erörterungen über den Jahresbericht und die anderen Vorträge des Vorsitzenden beteiligten sich fast sämtliche Anwesenden.

Aus der Residenz.

W. T. B. Der Staatssekretär des Außern, v. Jagow, reiste heute vormittag 9 Uhr nach Darmstadt ab.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Stettin, 20. Dez. Auf der Werft des „Bulkan“ lief heute kurz vor 12 Uhr der für die Verbindung der Hamburg-Amerika-Linie erbaute große Passagier- und Frachtdampfer „Tirpitz“ glücklich vom Stapel. Admiral Dehnhardt hielt die Taufrede. Fräulein von Tirpitz, die Tochter des Staatssekretärs, vollzog die Taufe.

Rosen, 20. Dez. Der polnische Reichstagsabgeordnete Wielzynski hat nach einer hier eingegangenen Nachricht in der vergangenen Nacht seine Frau und nach einer weiteren Meldung auch seinen Neffen, einen Grafen Wielzynski, erschossen.

Darmstadt, 20. Dez. Staatssekretär von Jagow stiftete alsbald nach seiner Ankunft dem Staatsminister Dr. von Ewald einen Besuch ab.

Athen, 20. Dez. Wie die „Agence Athene“ meldet, wird durch ein heute veröffentlichtes Dekret des Königs ein eigenes Armeekorps von Attika geschaffen, das dem französischen General Eydouz unterstellt wird und als Modellkorps für die anderen Armeekorps dienen soll.

Verschiedenes.

Sidney, 19. Dez. Der Dampfer „Pacific“ ist hier eingetroffen und meldet schreckliche Einzelheiten über vulkanische Ausbrüche auf den Neuen Hebriden. 400-500 Eingeborene seien bei der Katastrophe umgekommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. C. Causche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Verlobungs- u. Hochzeits-Geschenke
Reiche Auswahl eingerahmter Bilder in allen Preislagen
E. Büchle Inh. Kunsthandlung u. Rahmenfabrik
W. Bartsch Kaiserstraße 128

UHR-ARMBÄNDER



in Platina, Gold, Tula, Silber etc. von allerfeinsten bis einfachen, aber nur solide Werke, genau nachgesehen und geprüft.
Auswahl gerne zu Diensten.
G. SCHMIDT-STAUß, Karlsruhe, Kaiserstraße 154, Hofjuwel. und Hofuhrm. Altrenommiertes Haus. P. 880



Delikatess-Körbe

in allen Preislagen
hübsch arrangiert

<p>Malossol-Kaviar von direktem Bezuge Hummer, lebend und gekocht, fertig aufgesetzt Austern, echte Natives Gänseleber-Terrinen und -Pasteten, echte Straßburger Fluss- und Seefische aller Art Fisch-Räucherwaren, Fischkonserven und Marinaden Tafel-Geflügel aller Art (Bratgänse, Puter, Enten, Foularden, Hähne) Schinken mild gesalzen, das feinste</p>	<p>Tafelobst, frische Gemüse Obst- und Gemüse-Konserven Marmeladen und Konfituren Back-Artikel in nur besten Qualitäten Süd- und Dessertfrüchte in Präsent-packungen Schokoladen und Biskuits in Präsent-packungen Weine, weiß und rot, aus ersten Kellereien Liköre und Sekt der bekanntesten Marken Punschessenzen, echt Schweden, Selner, Bols etc.</p>
---	--

empfehlen in größter Auswahl F. 978

Jean Kissel

Kaiserstraße 150 Hoflieferant Telephon 335
 Prompter Versand Packung frei

Vorausbestellungen auf Delikatesskörbe, Fische, Geflügel erbitte frühzeitig.

Photograph. Apparate

jeder Art und in allen Preislagen

Alles Zubehör :: Vergrößerungs- und Lichtbildapparate

Gründliche Unterweisung kostenlos :: Katalog gratis

Alb. Glock & Cie.

Ge-gründet 1861 :: KARLSRUHE, Kaiserstraße 89 :: Telephon 51

Erstes und ältestes Spezialgeschäft Süddeutschlands. F. 844

Verkaufslokal an Sonntagen vor Weihnachten geöffnet.

Wilhelm Kronenwett

Weingroßhandlung

Hirschstraße 64 Telephon 1277

Vorzügliche Tischweine
Hervorragend. Flaschenweine

Mindest-Abgabe 20 Liter oder Flaschen, auch assortiert

Haupt-Dépôt der Sektkellerei
Henkell & Co., Biebrich-Wiesbaden F. 987

Moderne

Hochleistungs-Dampfkessel-

Anlagen

DAMPFKESSELFABRIK vorm. Arthur Rodberg
AKTIEN-GESELLSCHAFT
DARMSTADT. F. 214

„COLOP“

(farbiges Karbolium)

bester und billigster Anstrich für alles Holz und Mauerwerk.
Muster u. Prospekt gratis. Wiederverkäufer u. Vertreter gesucht.
E. 553 Fink & Co., Asperg 7 (Württbg.)

Vacuum!

Entstaubung ganzer Wohnungen,
Teppiche, Möbel, Betten
u. dergl. **E. Teigmann Nachf.**
Karlsruhe, Adlerstr. 4, Tel. 2244.

Christbaum- Schmuck

Christbaumterzen

in reicher Auswahl empfiehlt
Drogerie
Wilh. Thiering
Ede Amalien- u. Karlstr.
Mitglied d. Rabattparvereins

Brautleute

kaufen Möbel, Betten, Pol-
sterwaren denkbar billig u.
gut bei E. 618
Heinrich Karrer,
Mühlburg, Philippstraße 19.
Telephon Nr. 1659.
Komplette Einrichtungen
in 4 Stadtwerken. Franko-
lieferung auch nach auswärts.

Pferde

bewahren auch im
Winter auf glatter
Bahn ihre volle
Leistungsfähigkeit
durch Leonhard's
Original-H-Stollen E. 1
mit der Marke H H
Original-H-Stollen sind
allwärts und im
Gebrauch die
billigsten.

Zeichnungen auf

4 % mündelsichere Rhela. Pfandbr.
zum Vorzugskurs à 94.50 für
M. 100.— bis 10. Januar 1914
4 % reichsmündelsichere Pfandbr.
d. Brandenburg. Pfandbriefamt
für Hausgrundstücke à 95 bzw.
95.10 % G. 1
5 % Siemens Elektr. Schuldversch.
à 99 1/2 rückzahlbar à 103.—
bis 29. Dezember 1913

Carl Götz

Bankgeschäft, Karlsruhe, Hebelstr. 11

Ratschreiber- Stellvertreterstelle.

Die Stelle eines Ratschreiber-
stellvertreters ist mit ein-
nem durchaus im Gemein-
dienst erfahrenen Beamten
bei möglichst baldigem Ein-
tritt zu besetzen.
Es wird nur eine erschlaf-
fiche Kraft gewünscht.
Bewerbungen sind mit Le-
benslauf, Zeugnissen und Ge-
haltsansprüchen alsbald beim
unterzeichneten Gemeinderat
einzureichen. F. 997.2
Weinheim (Bad. Bergstraße),
den 17. Dezember 1913.
Der Gemeinderat der Stadt
Weinheim.

Am 1. Januar 1914 tritt
zum Anhang zu den Güter-
tarifen Basel Bad. Stb. —
und Waldshut usw. —
Schweiz der I. Nachtrag in
Kraft; er enthält hauptsäch-
lich einen neuen N. F. für
Kalkumkarbid ab Tibusis und
ist zum Preise von 10 Pf.
käuflich. F. 696

Ferner wird die Anlage V
zum schweizerischen Trans-
portreglement, der Artikel 32
der allgemeinen Tarifvor-
schriften und der Geltungs-
bereich des schweizerischen
L. N. Nr. 41 (Milch) geän-
dert. Näheres enthält unser
Tarifanzeiger.

Karlsruhe, 19. Dez. 1913.
Großh. Generaldirektion der
Staatseisenbahnen.

Südwestdeutsch- Schweizerischer Verkehr.

Mit 1. Januar 1914 wer-
den in das Tarifbest I Ent-
fernungen für die Stationen
Irbheim, Boippy, die Statio-
nen der Neubausstraße Sin-
gen-Neuen-Bühlungen
und der Sursee-Triengen-
Bahn aufgenommen.

Näheres in unserm Tarif-
anzeiger sowie im Tarif- und
Verkehrsanzeiger der Breu-
hich-Geislingen Staatsbah-
nen. F. 697
Karlsruhe, 18. Dez. 1913.
Großh. Generaldirektion der
Staatseisenbahnen.

Ich habe mich dahier als
Spezialarzt für Erkrankungen der Atmungs-Organen
niedergelassen. Sprechstunden im Hause **Sofienstr. 1b**
(nahe dem Karlsruher Werktag vorm. von 10—12 und nachm.
(Samstags ausgenommen) von 3—4, 5 Uhr.
Karlsruhe, den 17. Dezember 1913.

Dr. med. Herbert Gutjahr
mehrfähriger Assistenzarzt an den Heilstätten
Friedrichsheim u. Luisenheim, bisher Stell-
vertreter des verstorbenen Dr. med. Karl Wasmor.

F. 991

Hotel und Restaurant Friedrichshof

Direktion: G. Münzer

Erstes und größtes Restaurant der
Residenz mit eleganter Weinstube
Weine nur direkt vom Produzenten u. ersten Firmen
Vorzügliche Biere der Brauerei
Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel
Münchener Kochelbräu
Bestgepflegte Küche F. 197
Reichhaltige Speise-Karte
Großer, neu renovierter Festsaal
für Vereine, Hochzeiten, Tanzkränzchen etc. etc.
Jeden Abend von 8 bis 12 Uhr:
Künstler-Konzert der Kapelle „Sachse“.

Das Geigenproblem gelöst!

(Nunmehr ist es wahr.)

Ich liefere hervorr. schöne Streichinstrumente, die an Größe,
Weichheit und Ansprache des Tones die besten alten Instrumente
erreichen. Einheitspreis: Geigen M. 150.—. Bratschen M. 175.—.
Celli M. 350.—. Ansichtsendung. F. 894

Gustav Walch, Dresden-Radebeul 13.

Ein Mahnwort an unsere Hausfrauen

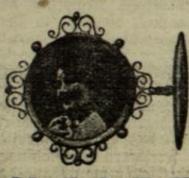
Bei dem jetzt einsetzenden. regeren Einkaufsbedürfnis muß
sich jede Hausfrau sagen, wo und wie kaufe ich am
billigsten und doch am besten.

Nur eine Antwort kann es hier geben

im Spezialgeschäft

Weil jedes Spezialgeschäft bestrebt ist, seine Kunden
aufmerksam
mit Rat und Tat zu unterstützen.
Fachmännische Kenntnisse des
Spezialgeschäftes
geben jedem Käufer Gewähr für beste u. tadel-
lose Waren bei größter
Preiswürdigkeit.
Denn in den
Spezialgeschäften
leidet die Qualität der Waren nicht durch forzierte
Angebote.
Nicht unsere Worte sollen Sie allein überzeugen,
prüfen Sie selbst durch ihre
Einkäufe F. 968
in den Spezialgeschäften.

Die Vereinigung von Detaillisten in Karlsruhe (E. V.)



Pforzheimer Goldwaren
jeder Art und Preislage
Schweizer-Taschenuhren
in Gold, Silber und Stahl
Tafelbestecke, Kaffee- und Teelöffel
empfehlen zu Weihnachten

Christ. Fränkle, Goldschmied
KARLSRUHE :: Kaiserpassage 7a F. 845